

Feindbild Finma



Von **Claude Baumann**
Journalist und Buchautor

Im Gespräch mit Schweizer Bankiers dominiert derzeit ein Thema ganz klar. Nein, es ist nicht die Steuerproblematik. Vielmehr geht es um das Verhältnis zur Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht, zur Finma. Das Problem ist zwar nicht neu; seit Jahren lamentieren die Bankiers darüber. Doch offenbar spitzt sich die Situation nun zu.

Das ist insofern bedenklich, als sich die Branche derzeit in einem für die Zukunft entscheidenden Selbstfindungsprozess befindet, der auch über die künftige Ausgestaltung des Schweizer Finanzplatzes entscheiden wird. Aber leider scheuen sich die meisten Bankiers, «on-the-record» darüber zu reden. Sie befürchten negative Rückwirkungen auf ihre Geschäftstätigkeit. So mutiert das Problem zu einem Phantomschmerz.

Krude Befehlsmentalität

Konkret stören sich die Bankiers am selbstherrlichen und arroganten Gehabe der Finma. Dass diese Behörde ihrer Kontrollfunktion gerecht werden muss, ist unbestritten. Irritierend seien vielmehr die damit verbundene Befehlsmentalität und der regulatorische Über-eifer, mit dem die Finma-Leute ans Werk gingen. Das treffe vor allem kleinere Finanzinstitute, wo immer mehr Bankmitarbeiter mit juristischen Fragen und Verhaltensmassnahmen (Compliance) anstatt mit der Kundenberatung beschäftigt seien. Und das kostet. Bereits mehr als die Hälfte der Schweizer Banken jammert, ihre Profitabilität liege

aufgrund der heutigen Regulierungspraxis um bis zu 3% tiefer, wie die Wirtschaftsberatungs- und Revisionsfirma PwC feststellt.

In der Praxis würden die Finma-Mitarbeiter eine geradezu erschreckende Hektik entwickeln, heisst es aus der Branche. Sie stellten ultimative Forderungen und liessen den gesunden Menschenverstand vermissen. Und während den Anliegen der Finma stets umgehend entsprochen werden müsse, dauere es endlos lange, bis umgekehrt beispielsweise eine Bewilligung erteilt werde. Statt Pragmatismus dominiere ein technokratisches Kontrollkästchen-Denken. Wahrscheinlich wolle die Finma damit das Erfahrungsmanko ihres Personals verschleiern, heisst es. Tatsächlich ist die Fluktuation bei der Finanzmarktaufsicht relativ hoch, und es arbeiten auch viele jüngere Leute dort.

Damit klar ist: In dieser Kolumne geht es nicht um die Frage, wie viel Regulierung in der Schweiz sinnvoll ist, sondern darum, wie verschiedene Interessensgruppen, deren Zusammenspiel eine ganz wichtige volkswirtschaftliche Bedeutung hat, miteinander verkehren. Unter solchen Prämissen sind Statements, wonach die Finma nicht da sei, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Banken zu fördern, wie dies Finma-Direktor Patrick Raaflaub vor Jahresfrist erklärte, gänzlich fehl am Platz.

Natürlich kann sich Raaflaub auf Artikel 5 im Finanzmarktaufsichtsgesetz berufen, in dem es heisst: «Die Finanzmarktaufsicht bezweckt nach Massgabe der Finanzmarktgesetze den Schutz der Gläubigerinnen und Gläubiger, der Anlegerinnen und Anleger, der Versicherten sowie den Schutz der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte.» Doch genauso steht darin: «Sie (die Finma) trägt damit zur Stärkung des Ansehens und der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz bei.»

Schadenfreude dominiert

Auf dem hiesigen Finanzplatz scheint Einigkeit ein Fremdwort zu sein. Stattdessen dominieren Uneinsichtigkeit und Schadenfreude. Lange genug liessen

sich die Grossbanken von den Behörden nichts sagen, bis der Branchenprimus UBS in existenzielle Nöte geriet, was wiederum die noblen Privatbanken zu allerhand Schadenfreude anstiftete. Währenddessen sammelten die Kantonal- und Raiffeisenbanken emsig das Geld frustrierter Grossbanken-Kunden ein. Doch niemandem kam es in den Sinn, dass jede, wie auch immer destabilisierte Bank über kurz oder lang die ganze Branche belastet – selbst die Finma scheint dies nicht realisiert zu haben, wie sich zeigte: Denn als die UBS rund 20'000 Konten von US-Kunden schliessen musste, brauchten diese bloss die Strasse zu überqueren, um eine neue Heimat für ihre (unversteuerten) Vermögen zu finden. Da hätte unsere Aufsicht sagen sollen: «Moment mal, das geht nicht. Damit schaffen wir uns noch grössere Probleme.» Doch soweit kam es nicht.

Bodenhaftung verloren

Der Öffentlichkeit wiederum fiel nichts anderes ein, als einen ganzen Berufsstand zu verteufeln, bloss weil eine kleine Gruppe an peinlichen Bankiers die Bodenhaftung verloren hatte. Doch wer hätte der Bevölkerung dies verübeln sollen? Bis heute ist kaum ein Politiker, Beamter oder Meinungsmacher bereit, die Bedeutung rechtschaffener Bankiers für unser Land zu thematisieren. Umgekehrt deutet auch nichts darauf hin, dass die tonangebenden Bankiers über ihren Tellerrand hinaus schauen – zu sehr beschäftigt sie nach dem Wegfall ihres privilegierten Geschäftsmodells, das ihnen für wenig Arbeit hohe Erträge bescherte, die Suche nach ihrer neuen Daseinsberechtigung.

Diese verhärteten Fronten sind der Grund dafür, dass die Schweiz bei Finanzplatzfragen derart unbeholfen und auf Dauer zum eigenen Nachteil agiert. Dabei hätte unser Land einen Finanzplatz, der eigentlich alles besitzt, um international nicht nur führend zu sein, sondern auch eine Vorbildfunktion zu übernehmen.

claude.baumann@finews.ch
www.finews.ch